



Heinz Bierbaum: IG Metall vor schwieriger Tarifrunde

Lucas Rudolph: Studieren, Arbeiten – und Organisieren?

Beiträge u.a. von Zinovia Lialiuti, Ulrike Eifler, Stephanie Odenwald, Klaus Kohlmeier, Michael Brie, Holger Politt, Stephen Eric Bronner, Michael Ebenau, Björn Radke



Forum Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Vor dem Regierungswechsel in Großbritannien

Die Labour Party sieht einem Wahlsieg am 4. Juli entgegen. Die Konservativen und die rechtspopulistische Partei Reform UK kämpfen um den zweiten Platz. Liberaldemokraten und Grüne legen zu und die Regionalparteien in Schottland, Wales und Nordirland stagnieren. [...]

Belgiens Rechte blockiert das politische System

Zeitgleich mit den EU-Wahlen wurde in Belgien die Nationalversammlung neu gewählt. Die rechtsnationalistische N-VA (Neue flämische Allianz) und der radikalrechte Vlaams Belang (Die Flämische Sache) sind die stärksten Parteien geworden. Beide kommen aus der Opposition. [...]

Wahlgewinner Modi?

Die hindu-nationalistische Partei des bisherigen indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi büßt bei der Parlamentswahl entgegen aller Erwartung ihre absolute Mehrheit ein und ist zur Regierungsbildung auf Koalitionspartner angewiesen. Es gilt gleichwohl als sicher, dass Modi für eine dritte Amtszeit von fünf Jahren weiterregieren kann. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Krieg, Frieden und die Linke

Michael Brie: Ohne Frieden ist alles nichts! Herausforderungen einer sozialistischen Linken	2
Heinz Bierbaum: Wie weiter LINKE? Die ernste Lage muss begriffen und selbstkritisch aufgearbeitet werden	7
Stephen Eric Bronner: Ist ein Kriegsende absehbar? Der Preis des Friedens: Russland, die Ukraine und die USA	10

Die Lage im Land

Stephanie Odenwald/Klaus Kohlmeyer: Kaufhäuser im Transformationsprozess	12
Michael Ebenau: Quo vadis Thüringen?	16

Politisch-ökonomische Umbrüche

Bernhard Sander: Volksfront vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen Frankreichs Perspektiven nach den Parlamentswahlen	24
Klaus Bullan: ANC verliert nach 30 Jahren absolute Mehrheit Herausforderungen nach den Wahlen in Südafrika	29
Wolfgang Müller: Justiert China die Wirtschaftspolitik neu? Debatten vor dem Dritten Plenum des ZK der KP	33

Nachhaltigkeit – aber wie?

Björn Radke: Auf einem »Highway in die Klimahölle« Mit neuen Technologien gegen die Klimaerwärmung?	38
Joachim Bischoff: Degrowth-Kommunismus als Ausweg? Kohei Saito propagiert einen Systemsturz des Kapitalismus	44

Forum Gewerkschaften

Heinz Bierbaum: IG Metall vor schwieriger Tarifrunde	50
Ulrike Eifler: Es gibt noch viel zu tun! Gewerkschaftskonferenz für den Frieden	52
Lucas Rudolph: Studieren, Arbeiten – und Organisieren? Die Schwierigkeiten des Organizing bei Studentischen Beschäftigten	56

Rückblicke

Zinovia Lialiouti: Eine Militärdiktatur im Kontext des Kalten Krieges Griechenland von 1967 bis 1974	60
Holger Politt: Warschau 80 Jahre später Polens letzter militärischer Aufstand	64

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen Würdigung	68
Klaus Schneider: »Ivo« (Filmkritik)	69

Ohne Frieden ist alles nichts!

Herausforderungen einer sozialistischen Linken

von ■ Michael Brie



Foto: picture alliance/dpa

Die Weltordnung ist im Umbruch. Das kurze Zeitalter der uneingeschränkten Hegemonie der USA nach 1990 ist vorbei. Unaufhaltsam entsteht ein internationales System mit wenigen Großmächten und vielen mittleren und kleinen Staaten, die ihren Platz suchen. Für die europäische und deutsche Linke verändert sich damit die Situation deutlich.

Die Konflikte werden unübersichtlich, Parteinahme wird schwierig. Ein einfaches Für oder Wider wird zumeist unmöglich. Die Linke wusste immer: Frieden ist nicht Alles, aber ohne Frieden ist Alles nichts. Aber was heißt das heute? Im Weiteren werden in zugespitzter und deshalb auch apodiktischer Form sechs Thesen formuliert.

Diese Frage wird dadurch zugespitzt, dass der Ukraine-Krieg endgültig zu einem Krieg zwischen Russland und der USA-geführten NATO zu werden droht. Beträchtliche Teile der Kriegsführung der Ukraine erfolgen unter direktem Eingreifen von NATO-Spezialisten und mit NATO-Waffen, die jetzt unmittelbar gegen Ziele auf dem Territorium der

Russischen Föderation eingesetzt werden. Seit 1945 bis heute war eine solche direkte Konfrontation zwischen Nuklearmächten vermieden worden. Die Spirale der Eskalation wird, wenn sie nicht gestoppt wird, zum Einsatz von Atomwaffen führen.

Zwei Prozesse sind es vor allem, die die strategische Situation der sozialistischen Linken in der Friedens- und Sicherheitsfrage verändern. Das ist erstens das Entstehen einer multipolaren Ordnung. Die einen Staaten wie China oder Indien steigen auf. Die USA und die EU verlieren relativ an Macht. Russland kämpft um den Status als Macht mit globalem Einfluss. Brasilien, Südafrika, die Türkei, Indonesien, Iran, Saudi-Arabien, um nur einige zu nennen, sehen neue Handlungsräume. Schwächere Staaten und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen rechnen sich neue Chancen aus, ihren Einfluss geltend zu machen. Die neoliberale Globalisierung, die Übermacht globaler Großkonzerne und Finanzinstitutionen und das Geflecht von Warlords und Oligarchen bilden ein Ganzes. Es formieren sich neue Bündnisse, andere zerfallen.

In dieser Situation ist wie niemals zuvor seit 60 Jahren der Einsatz von Atomwaffen so real wie jetzt. Zugleich sind neue Waffensysteme entstanden – weltraumgestützt, KI-basiert, automatisiert. Quantitativ wie vor allem qualitativ ist die Welt in ein Zeitalter neuer Hochrüstung eingetreten. Es sind Waffensysteme, die Vertrauen und Kontrolle ungeheuer erschweren. Zweitens verschärfen sich die ökologischen und sozialen Probleme auf dramatische Weise. Sie fordern die Staaten heraus, überfordern teilweise die gegebene Staatskapazität, die in vielen Ländern schon vorher relativ schwach war. Die Realisierung der globalen Nachhaltigkeitsziele, auf die sich die Weltgemeinschaft 2015 verständigt hat, ist damit außerordentlich gefährdet. Der neue Kalte Krieg und die Hochrüstung beschleunigen den Kollaps des irdischen Ökosystems.

Die demokratisch-sozialistische Linke steht damit vor einer Situation, in der auf der einen Seite das Potenzial für Konflikte geradezu explosionsartig wächst, während auf der anderen Seite eine auf gemeinsame Sicherheit und

Entwicklung orientierte Politik ins Zentrum rücken muss, wenn es nicht zu immer gefährlicheren Katastrophen und barbarischen Zuspitzungen kommen soll. Welche Position soll die sozialistische Linke in der EU und der Bundesrepublik in dieser Situation einnehmen? Wie schwierig das für die Linke ist, hat sich seit Beginn des Großkrieges in der Ukraine gezeigt. Die Partei DIE LINKE ist nicht zuletzt an diesem Konflikt zerbrochen und befindet sich in einer Existenzkrise, die durch das desaströse Ergebnis bei den Europawahlen endgültig offenbart wurde. Europaweit ist die Linke in dieser Frage tief gespalten. Es wird Zeit für Sozialistinnen und Sozialisten, eine Reihe von Schlussfolgerungen aus diesen Schwierigkeiten zu ziehen (siehe auch Crome 2022; Soltz 2022; Wahl 2023). Sechs seien genannt.

1.

Erstens berufen sich alle darauf, dass die Charta der Vereinten Nationen und Dokumente wie die schon genannten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele die Grundlage der Bewertung aller Konflikte sein müssen. Im Falle des Ukraine-Krieges kam es aber dazu, dass im Westen vor allem der Punkt 4 des Artikel 2 der UN-Charta herangezogen wird, der »jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt« verurteilt. So richtig es ist, unter diesem Aspekt den Großangriff Russlands auf die Ukraine und die Besetzung von Teilen des Staatsgebiets der Ukraine als Bruch des Völkerrechts zu begreifen, so falsch ist es aber, den vorgelagerten Punkt 3 des gleichen Artikels der UN-Charta vergessen zu machen, der alle Staaten dazu *verpflichtet*, »ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei[zulegen], dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden«. Genau diese Verpflichtung ist die zwingende *Voraussetzung*, damit das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen seine Wirkung entfalten kann. Das Wirken von Punkt 4, der Gewaltverzicht, basiert auf Punkt 3, der Pflicht, ernsthaft zu verhandeln.

Diese Pflicht bestand nicht nur *vor* dem Krieg, sondern mindestens ebenso auch jetzt, auf dem vorläufigen Höhepunkt des Ukraine-Krieges.

Es war allen Beteiligten bekannt, dass eine weitere NATO-Osterweiterung in Russland als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wird. Die einseitige Festlegung auf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ohne Klärung dieses Streitpunkts mit Russland auf dem Verhandlungsweg ist vom Standpunkt der UN-Charta eindeutig als Verletzung der UN-Charta und eine der Handlungen zu verurteilen, die zum Krieg geführt haben. Das Gewaltverbot ist Teil des UN-Konzepts *gemeinsamer* Sicherheit. *Folglich: Die sozialistische Linke darf die Auslegung des Völkerrechts nicht den Herrschenden in West wie Ost überlassen, sonst ist sie Teil der Kriegspropaganda. Sie muss lernen, es selbst als friedensstiftendes Recht zu interpretieren.*

2.

Zweitens wird damit auch deutlich, dass zwischen dem unmittelbaren Auslöser eines Krieges und den Ursachen des Krieges zu unterscheiden ist. Ausgelöst wurde der jetzige große Krieg durch den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Es ist trotzdem falsch, ihn als russischen Angriffskrieg zu bezeichnen, denn dies nimmt den Anlass des Krieges für sein Wesen. Die Übernahme der westlichen Sprachregelung bei der Bezeichnung des Krieges kommt einer ideologischen Kapitulation der Linken gleich. Sozialistinnen und Sozialisten sollten endlich lernen, diesen Krieg ausgehend von einer präzisen Bestimmung seines Hauptcharakters zu bezeichnen. Das Wesen dieses Krieges aber erschließt sich nur durch eine marxistisch belehrte Ursachenanalyse, die

Michael Brie ist Sozialphilosoph. 2022/23 hat er die beiden Bücher »Sozialismus neu entdecken« und »Chinas Sozialismus neu entdecken« im VSA: Verlag Hamburg veröffentlicht (2024 gemeinsam unter dem Titel »Beyond Liberalism and Communism. Socialist Theory and the Chinese Case« bei Routledge in englischer Sprache erschienen). Seine jüngste Veröffentlichung »Linkliberal oder dezidiert sozialistisch?« (u.a. mit Texten, die gemeinsam mit Heinz Bierbaum und Ines Schwerdtner verfasst wurden) erschien im April 2024 ebenfalls im VSA: Verlag Hamburg.

die Geschichte der Imperialismustheorie nicht vergessen hat.

Zu unterscheiden sind erstens die Eskalationsgeschichte zwischen 2008 und 2014 und zwischen 2014 und 2022 (siehe Brangsch/Dellheim 2018), zweitens der sich in dieser Zeit verändernde geopolitische Kontext und drittens der Gestaltwandel des Krieges. Die Ursachen des Krieges liegen vor dem 24. Februar 2022 (siehe ausführlich Petro 2023). Sie wurzeln darin, dass die Grenzen der Ukrainischen Sowjetrepublik als Teil der Sowjetunion bewusst in einer Weise gezogen wurden, die dafür sorgt, dass eine *binationale* ukrainisch-russische Republik entstand. Dieser Charakter der Ukraine war auch Konsens bei Auflösung der Sowjetunion.

Schritt für Schritt wuchs aber die Macht jener Kräfte in der Ukraine, die aus ihr einen rein ukrainischen Nationalstaat zu machen suchten, was 2014 in den von den USA und Regierungen von Mitgliedsstaaten der EU unterstützten Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten und einen Bürgerkrieg mündete. Dahinter standen für die USA und ihre Verbündeten geopolitische Erwägungen der Ausdehnung der NATO und ihrer militärischen Strukturen und der Zurückdrängung und maximalen Schwächung Russlands (siehe dazu das strategische Dokument der Rand Corporation von Dobbins et al. 2019). Die Regierung Russlands sah dies als direkte Bedrohung an und nahm für sich in Anspruch, legitime Interessen der russischen Bevölkerung in der Ukraine zu vertreten, wenn diese missachtet wurden.

In der gleichen Zeit rückte für die USA die geopolitische Konfrontation mit China in den Vordergrund, der »Kampf der Demokratien gegen autoritäre Regime«, mit dem sie ihre Hegemonie oder zumindest Dominanz zu behaupten suchen. Die umfassende Intervention in der Ukraine wurde Teil dieser Strategie. So kam es dazu, dass das, was sich anfangs als ein Angriffskrieg Russlands darstellte, dem die legitime Verteidigung seitens der Ukraine entgegenstand, im Verlauf des Krieges immer stärker zu einem interimperialistischen Stellvertreterkrieg wurde. Wenn es ein einfacher Angriffs- und Verteidi-

gungskrieg zwischen Russland und der Ukraine gewesen wäre, dann hätte die Vereinbarung beider Seiten vom März 2022 in Istanbul den Krieg schnell beendet. In diesem Dokument waren wichtige Verhandlungslösungen fixiert, die den Verzicht der Ukraine auf eine Mitgliedschaft in der NATO einschlossen.

Der Krieg wurde deshalb nicht beendet, weil die USA und ihre Verbündeten diesen Kompromiss nicht akzeptieren wollten. In diesem Augenblick wurde er endgültig zu einem interimperialistischen Krieg und sollte auch offen so benannt werden. Er hat weiterhin Elemente legitimer Verteidigung oder eines Bürgerkrieges. Doch diese sind mittlerweile dem interimperialistischen Charakter weitgehend geopfert worden. Deshalb muss der Krieg auch durch Verhandlungen aller Beteiligten, den Krieg antreibenden Kräfte beigelegt werden. *Folglich: Sozialistinnen und Sozialisten dürfen die Definition des Ukraine-Kriegs und anderer Kriege nicht den Herrschenden in West und Ost überlassen, wenn sie sich ernsthaft dafür einsetzen wollen, dass die Waffen schweigen. Sie haben Konflikte selbst zu bestimmen und die Perspektive der Opfer dieser Kriege einzunehmen.*

3.

Drittens muss die sozialistische Linke sich nicht nur der offiziellen Sprachpolitik mit Blick auf die Bezeichnung des Ukraine-Kriegs als »russischer Angriffskrieg« widersetzen, sondern überhaupt dem Versuch, diesen Krieg in die Konfrontation zwischen »Demokratie« und »Autoritarismus« einzuordnen. Ein solcher Versuch wird auch dann nicht links, wenn man von der Auseinandersetzung zwischen einem demokratischen und einem autoritären Kapitalismus spricht. Die Inszenierung der internationalen Politik als Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus ist zentraler Bestandteil der USA, ihre eigene Vormacht aufrechtzuhalten und dafür Bündnispartner zu gewinnen. Es geht ihnen, so der US-amerikanische Thinktank Transatlantic Council, um »Bewahrung der kollektiven wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit; Schutz des globalen Status des US-Dollars; Aufrechterhaltung einer

überwältigenden konventionellen militärischen Abschreckung« (Anonymous 2021). Dafür sind die USA bereit, gegebenenfalls sehr konfrontative, oft sogar kriegerische Mittel einzusetzen. Die Konstruktion eines globalen Gegensatzes zwischen »Demokratie« und »Autoritarismus« ist Teil der geopolitischen Strategie der USA.

Die Linke darf sich auf keinen Fall der Kalte-Kriegs-Ideologie eines Kampfes des liberalen demokratischen Westens gegen die Kräfte des Autoritarismus unterwerfen, sondern muss einen ganz anderen Konflikt ins Zentrum rücken: Es ist der Konflikt zwischen jenen, die auf kooperativen Multilateralismus und gemeinsame Sicherheit und Entwicklung setzen und zur Lösung der globalen Probleme beitragen wollen, und jenen, die den Weg der Konfrontation und Militarisierung eingeschlagen haben. Denn dies ist der Hauptwiderspruch der gegenwärtigen Epoche.

Dieser Widerspruch geht durch viele Staaten und politische Kräfte hindurch und nimmt in den jeweiligen konkreten Konflikten, Krisen und Kriegen eine immer andere Gestalt an. Es geht nicht darum, sich entweder auf die Seite der USA oder auf die Chinas oder Russlands zu schlagen, sondern zu analysieren, welche realen Kräfte welche Politik verfolgen und wie ihre Interessen sind. Zu fragen ist, wessen Interessen und Strategien gemeinsamer Sicherheit dienen und welche nicht. Von missionarischem Eifer eines sogenannten Regime-Change durch Kriege kann nur gewarnt werden. *Folglich: Sozialistinnen und Sozialisten dürfen die Grundwidersprüche der Gegenwart nicht den Herrschenden in Ost und West überlassen. Sie müssen ihr eigenes Verständnis dieser Widersprüche finden.*

4.

Viertens verschärft die neue Epoche das berechnete Interesse an Sicherheit im weiten wie im engen Sinne. Es geht vor allem um ökologische, ökonomische, politische und militärische Sicherheit. Der jetzt von den Regierungen der EU-Staaten eingeschlagene Weg zielt vor allem auf militärische Abschreckung per Aufrüstung. Die Politik wird militarisiert – nach innen (Solyt 2024)

wie nach außen. Genau dies wird aber Kriegsgefahren erhöhen und macht die EU deutlich unsicherer, blockiert globale Kooperation. Die Linke muss sich also einerseits für die Rückkehr zu der durch die UN-Charta und die Charta von Paris gebotenen Politik gemeinsamer Sicherheit einsetzen und andererseits zugleich mit möglichst vielen politischen Kräften daran arbeiten zu klären, was Verteidigungsfähigkeit und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit unter heutigen Bedingungen militärisch ausmachen sollte. Mehr Sicherheit mit weniger Waffen auf allen Seiten, Vertrauensbildung, defensive militärische Kräfte mit der überzeugenden Fähigkeit zu Abschreckung möglicher Gegner, Abkehr von der Ideologie eines neuen Kalten Krieges, eine Politik der Friedensfähigkeit gehören dazu. *Folglich: Die sozialistische Linke darf das Verständnis von Sicherheit und die Erarbeitung einer Strategie zu ihrer Gewährleistung nicht den Herrschenden in West und Ost überlassen. Sie muss ihr eigenes Sicherheitskonzept entwickeln.*

5.

Fünftens haben die jüngsten Entwicklungen deutlich gemacht, dass die EU ihre Sicherheit nicht von den Interessen der USA abhängig machen darf. Weder sind die USA wirklich verlässlich, noch gibt es heute hinreichende gemeinsame Interessen der Bevölkerung der EU und den Interessen der USA an Sicherung

ihrer globalen Vormacht, im Gegenteil. Der Verbleib des vereinigten Deutschlands in der NATO im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 stellte eine fatale historische Weichenstellung dar, die auf Druck der USA erfolgte. Sie hat den Aufbau einer eigenen unabhängigen Sicherheitsarchitektur in Europa dauerhaft blockiert und den Weg zur neuen blutigen Konfrontation geöffnet. Es geht darum, sich für die Sicherheit der Europäischen Union vom Standpunkt der Interessen der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten und der ihrer näheren und fernerer Nachbarn einzusetzen. Solange die EU ihre Sicherheit nicht selbst gewährleisten kann, bleibt sie im Vasallenstatus gegenüber den USA. *Folglich: Sozialistinnen und Sozialisten dürfen die EU nicht der Vormacht der USA und ihrer Verbündeten in den herrschenden Kreisen der EU überlassen. Sie müssen eine Vision strategischer Autonomie der EU von links entwickeln.*

6.

Sechstens muss die sozialistische Linke sich von der Hegemonie des Linkliberalismus befreien und eine eigene weltanschauliche und politisch-strategische Identität ausbilden. Dazu gehört auch, Sozialismus neu zu verstehen – als solidarische Gesellschaft und als Bewegung hin zu einer solidarischen Gesellschaft auf der Basis einer ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung, die die

se Solidarität in allen Grundstrukturen der Gesellschaft verankert und die Herrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft beendet, um die soziale, die ökologische, die Friedensfrage global wie vor Ort positiv zu beantworten (siehe unter anderem Dellheim et al. 2012; Dahn 2013; Zelik 2020; Dörre 2021; Klein 2022; Brie 2022). Gelingt dies nicht, landet die Linke bei einem wohlmeinenden Linkliberalismus oder mit Marx gesprochen, bei »Vulgärsozialismus« (Marx 1987: 22).

Eine solche eigene sozialistische Identität aber verlangt, die kapitalistische Gesellschaft vom Standpunkt der lohnarbeitenden Klasse und ihrer Emanzipation her zu denken und nicht ausgehend vom abstrakten Individuum und den Verhältnissen an der Oberfläche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Dann wird auch klar, dass dem Ukraine-Krieg als interimperialistischem Krieg durch die Solidarisierung der Lohnabhängigen und der Friedensbewegung begegnet werden muss. Wie schrieb Rosa Luxemburg im Ersten Weltkrieg: »Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab.« (Luxemburg 1916: 163)

Angesichts von ökologischer Katastrophe und Kriegskapitalismus ist dies wieder aktuell. Der proklamierte globale Krieg (kalt oder heiß) im Namen

VSA: Der Krieg und die Linken

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

Peter Wahl Der Krieg und die Linken



Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden

VSA:

Eine Flugschrift

Peter Wahl
Der Krieg und die Linken
Bellizistische Narrative,
Kriegsschuld-Debatten und
Kompromiss-Frieden
Eine Flugschrift
100 Seiten | € 10.00
ISBN 978-3-96488-203-5

Antje Vollmer u.a.
Den Krieg verlieren
Zum Vermächtnis einer
Pazifistin | Eine Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-211-0

Den Krieg verlieren



Zum Vermächtnis einer Pazifistin

Antje Vollmer
Alexander Rahr
Daniela Dahn
Dieter Klein
Gabi Zimmer
Hans-Eckardt Wenzel
Ingo Schulze
Johann Vollmer
Marco Bülow
Michael Brie
Peter Brandt

VSA:

Eine Flugschrift



Lukas Egger

Ein immerwährendes Brandmal?

Rassismus und die
Regulation der kolonialen
Sklaverei in Anglo-Amerika

2024 – 323 Seiten – 36,00 €

ISBN 978-3-89691-094-3

auch open access

Etienne Schneider /
Felix Syrovatka (Hrsg.)

Politische Ökonomie der „Zeitenwende“

Perspektiven der
Regulationstheorie

im Auftrag der AkG

2024 – 282 Seiten – 30,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-688-4

Für Bibliotheken auch als
Ebook-Campuslizenz bestellbar!
ISBN 978-3-98634-162-6

Margit Rodrian-Pfennig /
Holger Oppenhäuser/ Georg
Gläser/ Udo Dannemann (Hrsg.)

Dirty Capitalism Politische Ökonomie (in) der politischen Bildung

herausgegeben im Auftrag der AkG

2024 – 226 Seiten – 25,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-092-2

Für Bibliotheken auch als
Ebook-Campuslizenz bestellbar!
ISBN 978-3-98634-168-8



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

der Demokratie und Menschenrechte, euphemistisch als »wertegeleitet« bezeichnet, ist konzentrierter Ausdruck einer Außenpolitik mit imperialem Vorzeichen. Er imaginiert wie schon so oft in der Vergangenheit eine grundfalsche Interessenidentität der Lohnabhängigen mit den herrschenden Klassen, die diesen Kriegskurs vorantreiben. Sozialabbau und forcierte Klimakatastrophe sind die unvermeidlichen Folgen. *Folglich: Marxistisch orientierte Gesellschafts-, Klassen- und Imperialismusanalyse ist für die Linke unverzichtbar, wenn sie weltanschaulich und strategisch nicht zum Anhängsel des Liberalismus werden will.*

Im Ukraine-Krieg, im Gaza-Krieg, in den geopolitischen Umbrüchen und der Klimakrise, in der Vielfachkrise des Kapitalismus ist deutlich geworden, dass die Epoche der Multipolarität von der Linken neue, offensichtlich auch ungewohnte intellektuell-politische Kraftanstrengungen verlangt. Dazu gehört das Eindringen in die neue Komplexität der Welt im Umbruch und die eigenständige Analyse von internationalen Zusammenhängen, das Verhältnis zum Völkerrecht und den Menschenrechten, die Entwicklung einer eigenen Konzeption der solidarischen Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse, der Überwindung der Natur, Mensch und Gesellschaft beeinträchtigenden und zerstörenden Produktions- und Lebensweise.

Es braucht den Mut, sich gegen den herrschenden liberalen Zeitgeist, seine verführerisch einfachen Deutungen und den ungeheuren medialen und politischen Druck zu stellen. Dieser Zeitgeist der Herrschenden präsentiert den Weg in die Katastrophe als das sachlich Notwendige und moralisch Richtige. Mit ihm zu brechen, ist eine wichtige Voraussetzung, um dem Antiliberalismus von rechts wirksam sozialistische Politik entgegenzusetzen. Sagen, was wirklich ist, bleibt die erste revolutionäre Tat, wenn das herrschende Sprechen derart verlogen ist und die Katastrophe immer weiter zugespitzt wird.

Literatur

- Anonymous (2021): The Longer Telegram: Toward A New American China Strategy. Washington: Atlantic Council.
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith (2018): Die Ukraine, Russland und der »Westen«. Zur Geschichte eines internationalen Konflikts. Rosa Luxemburg Stiftung.
- Brie, Michael (2022): Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen von der Utopie zur Wissenschaft und zur Großen Transformation. Hamburg: VSA.
- Crome, Erhard (2022): Russlands ukrainischer Krieg: Die Ursachen und die Folgen. 1. Aufl. Berlin: edition ost.
- Dahn, Daniela (2013): Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz/Wolf, Frieder-Otto/Spangenberg, Joachim (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Dobbins, James/Cohen, Raphael S./Chandler, Nathan/Frederick, Bryan/Geist, Edward/DeLuca, Paul/Morgan, Forrest E./Shatz, Howard J./Williams, Brent (2019): Overextending and Unbalancing Russia. Assessing the Impact of Cost-Imposing Options. Sant Monica: RAND Corporation.
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin: Matthes & Seitz.
- Klein, Dieter (2022): Regulation in einer solidarischen Gesellschaft. Wie eine sozialökologische Transformation funktionieren könnte. Hamburg: VSA.
- Luxemburg, Rosa (1916): Die Krise der Sozialdemokratie. In: Gesammelte Werke, Bd. 4. Berlin: Dietz, S. 49–164.
- Marx, Karl (1987): Kritik des Gothaer Programms (1875). In: MEW, Bd. 19. Berlin: Dietz, S. 13–32.
- Petro, Nicolai N. (2023): The Tragedy of Ukraine: What Classical Greek Tragedy Can Teach Us About Conflict Resolution. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Soltz, Ingar (2022): Die geopolitischen Konsequenzen der Eskalation des Ukraine Konflikts – Rosa-Luxemburg-Stiftung. Text abrufbar unter: www.rosalux.de/news/id/46023/die-geopolitischen-konsequenzen-der-eskalation-des-ukraine-konflikts (Zugriff am 18.6.2024).
- Soltz, Ingar (2024): »Innere Zeitenwende«. Die AfD braucht keine Nazis, der liberale Deutsche hilft schon genug. Berliner Zeitung. Text abrufbar unter: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/innere-zeitenwende-afd-braucht-keine-nazis-der-liberale-deutsche-hilft-schon-genug-li.2214494 (Zugriff am 18.6.2024).
- Wahl, Peter (2023): Der Krieg und die Linken. Bellizistische Narrative, Kriegsschuld-Debatten und Kompromiss-Frieden. Hamburg: VSA.
- Zelik, Raul (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin: Suhrkamp.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

